

Laale-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeige
werden 2. Sgspalt. 34mm br. Milli-
metergröße oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unferen An-
nahmestellen u. allen Anzeigenge-
schäften angenommen. Restraum
die 92 mm br. Millimetergröße 60 Pf.
Anzeigen-Annahmsst. abds.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsst. Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Beschäftsstelle: Halle,
Neue Dromenau 1a, Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Beschäftsst.:
Markt 24 und Große Marktstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
ausf. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Belegungen werden
an allen Reichspostanstalten ange-
nommen. Im amt. Zeitungsver-
zeichnis unter Coale-Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingege-
bene Anzeigen wird kein Gebühr
übernommen. Rückord nur mit der
Quellenangabe. Coale-Zeitung ge-
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1143, der Druckerei-Nr. 1135.
Postbes.-Karte Leipzig Nr. 4009.

Nr. 320.

Halle, Freitag, den 11. Juli.

1919.

Um Deutschlands Briefmarken.

Weitere Verfassungsberatung. — Unruhen, Plünderungen und Demonstrationen in der ganzen Provinz Westfalen.

Deutsche Nationalversammlung.

Wemar, 11. Juli. 54. Sitzung. Am Regierungstisch:
David, Dr. Freuß, Dr. Bell.
Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung 9 Uhr 50 Min.
Das Haus erledigte zunächst

eine Reihe Anfragen.

Abg. Weith (Dn.) wiederholt die am 1. Juli nicht beant-
wortete Anfrage über den Ueberfall auf Kapitänleutnant
von Müde während eines Schülervortrages in Frankfurt
am Main.

Regierungsvertreter Freih. von Weller bestätigt die in
der Anfrage mitgeteilten Tatsachen. Die preussische Regie-
rung soll erucht werden, für bessere Sicherheit der Person in
Frankfurt am Main Sorge zu tragen.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Pieker (D. Vpt.) lenkt die
Aufmerksamkeit auf die Notlage der in infolge des
Friedensvertrages von Deutschland abgetrennten Gebieten
situationlos verwehenden Reichsbeamten.

Regierungsvertreter Freih. von Weller sagt zu, daß die
Regierung nicht nur der vorübergehenden Not steuern würde,
sondern den betreffenden Reichsbeamten auch wieder Steu-
erungen verschaffen würde.

Auf eine Anfrage der Frau Abg. Mendt (D. Vpt.) über
die Gierbewirtschaftung im Regierungsbezirk Magde-
burg u. g. lagt ein Regierungsvertreter Unterbindung zu.

Abg. Dr. Pieker (D. Vpt.) bemängelt in einer Anfrage
die geschmacklose Ausführung der Erinnerungsmarken für
die Nationalversammlung. Er stellt fest: die weiß-rote
Sehnsparmarken

jetzt einen roten

Baum, der bei gutem Willen des Besitzers die Ansicht er-
zelen läßt, einen roten Eichbaum, also eine seltene Natur-
erscheinung vorzustellen. Die braun-rot-weiße Fünffarb-
farbige Marke, die ebenso merkwürdige Erscheinung blauer
Blüten, während die grün-weiß-rote Fünffarb-
marken in rotem Grunde das Bild eines niederländi-
schen nackten Jünglings aufweist, der ein entleertes Backstein
oder Beste in beiden Händen auf dem Haupte trägt,
während sein linker Fuß von einem niederländischen Häl-
schirm oder einer Mutterkelle bedeckt wird. (Anwachen
kürzlich Heiterkeit im ganzen Hause.)

Ein Vertreter des Reichspostamts teilt dazu mit,
daß das aus 15 Personen bestehende Preisgericht als Sach-
verständige neun Künstler aller Richtungen aufgewie-
sen habe. Als Kunstkommissioner habe ihn der Direktor des
kauflichen Kunstschreibens, Dr. Friedländer, angehört.
(Zuruf: Der muß abgelehrt werden; große Heiter-
keit.) Außer dem Markenschiedlichen Lindenburg und zwei
Waldbeuten seien noch die Abgeordneten Heine,
Wolke und Dr. Pfeiffer Mitglieder des Preisgerichts
genannt. (Klang der Hände der künftigen Heiter-
keit.) Die Marken bleiben solange im Verkehr, bis neue
Marken als Ersatz für die Gemeindefälle herausgegeben werden
können. Dafür soll eine neue Ausschreibung erfolgen. (Zuruf:
Aber schnell!)

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen wird
die Beratung der Verfassung fortgesetzt.

Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil: Grundrechte und
Grundpflichten der Deutschen.

Präsident Fehrenbach: Ich würde mich sehr freuen,
wenn die Verammlung sich entschließen könnte, eine größere
Gewicht auf die Frage der Abkündigung als auf die
Länge und Schönheit der Reden zu legen. (Be-
stimmter Beifall und Zustimmung.)

Artikel 107 befragt: Die Grundrechte und Grundpflichten
des Bürgers und die Rechte für die Gesetzgebung,
die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den
Ländern.

Abg. Dr. Heine (D. Vpt.) legt die schweren Bedenken
dar, die vom Standpunkt des Juristen die des Politikers
gegen die Aufnahme so umfangreicher Grundrechte in die
Verfassung zu erheben seien.

Abg. Koch-Kastel (Dem.): Die Zeit, wo es notwendig
war, Grundrechte zu schaffen, ist vorüber. In einem demo-
kratischen Staat ist jederzeit Gelegenheit gegeben, das was
hier nur flüchtig angedeutet werden kann, durch geordneten
Majorsitätsbeschluß zum Gesetz zu erheben. Können nun ein-
mal im Regierungsentwurf Grundrechte enthalten waren,
war es schwer, ganz ohne sie auszukommen. Man soll sich
aber nur wenigstens auf das, was jetzt darin steht, be-
schränken und nicht Neues hineinbringen suchen. (Sehr
wichtig bei den Demokraten.)

Reichsminister Dr. Drosch: Es war begrifflich, daß die

Grundrechte der Entwurf in weitgehender Beschran-
kung vorgelegt hätte, von vielen Seiten als ergänzungs-
und erweiterungsbedürftig erkannt wurde. Aber es wäre
wünschenswert gewesen, dabei

mit der Beschleunigung des Ministers

vorzugehen. Die Reichsregierung nimmt jedenfalls allen
Angelegenheiten um Erweiterungen der Grundrechte gegenüber
eine abwartende Stellung ein. Ich möchte Ihnen im Interesse
der hohen Aufgabe, die dieser Verammlung den Namen
gegeben hat, dringend anheimgeben, den konstruktiven

Teil des Entwurfes in dritter Lesung zu verabschieden und
die Grundrechte — zunächst zurückzustellen. Lassen Sie sich
warren durch das Beispiel der Frankfurter Paulskirche.
(Beifall.)

Abg. Dr. Beyerle (Ztr.): Ich möchte die Grundrechte
in der Verfassung nicht stellen. Sie müßten als wichtige
Grundlagen zur Erzielung unseres Volkes zum Staatsbürger-
lichen Leben erhalten bleiben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Drosch (Soz.): Der vorliegende Entwurf der
Grundrechte würde einen unheimlichen Eindruck. Wir
schließen uns dem Vorschlage des Herrn Regierungskom-
missars Dr. Freuß an. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Cohn (L. S.): Die hier gebotenen Grundrechte
sind eigentlich die von 1848.

Wirkliche Grundrechte müßten mehr bestehen
als abstrakte Rechte. Vor allem leiden die Vorschläge an
einem Mangel an Wahrsichtigkeit und widersprechen sich
unverträglich.

Abg. Hauptmann (Dem.) beantragt, die Verhand-
lung abzubrechen. Eine von der Rechten gegebene
Anregung wurde von der Reichsregierung wohlwollend an-
genommen, und die größte Partei hat sie beinahe in einen
Antrag verandelt. Damit ist für die einzelnen Parteien
eine neue Lage geschaffen,

zu der sie Stellung nehmen müssen.

Das Haus beschließt demgemäß.
Schluß 12 Uhr 20 Minuten. Nächste Sitzung Sonnabend
9 1/2 Uhr: erste und zweite Beratung des Gesetzes über die An-
rechnung der Militärdienstzeit; dritte Beratung des Reichsbe-
leihungsgesetzes und kleine Vorlagen.

Plünderungen in ganz Westfalen.

Essen, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus
der ganzen Provinz Westfalen werden Unruhen, Plün-
derungen und Demonstrationen wegen der hohen Le-
bensmittelpreise gemeldet. In Soest kürzte die
Menge den Wagen eines Händlers und verkaufte die
zum Markt gebrachten Schweine zu 100 Mark das Stück.
Kreuzer der Eigeländer wurden markierten in
einem längeren Demonstrationzuge nach Siegen,
um bei dem dortigen Landrat vorstellig zu werden. In
Eppelrod forderten 600 bis 700 Demonstranten etwa
900 bekannten Siedern das Handwerk zu legen. In
Ansbreitungen und Plünderungen kam es in Ber-
den an der Ruhr. Man kürzte die Lebensmittelge-
schäfte und verkaufte die Waren zu billigeren Preisen
an das Publikum. In Gagen beschlagnahmten 200
Personen 60 Zentner Äpfeln, die nach Münster ge-
schafft werden sollten. In schweren Ausbreitungen
kam es gestern in Barmer in Ansbreit an die Stadt-
verordnetenversammlung, als bekannt wurde, daß die
Energieverhältnisse an die Arbeitslosen nicht bewilligt
ist. Durch hartes Polizeiverfahren wurde der Ver-
such, das Rathaus zu kürzen, abgewehrt. Die abgewiesene
Menge zog dann zu den Kaufleuten der großen Kauf-
häuser der Stadt, deren Fenster zertrümmert und deren
Anlagen veratzt wurden. Die Polizei mußte ein-
schreiten. Mehrere Verhaftungen wurden vorge-
nommen.

Italienische Soldaten gegen ein

französisches Kriegsschiff.

Wiederholung der Zusammenstöße.

Flume, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Am
Nachmittage beschäftigten italienische Soldaten ein
französisches Kriegsschiff mit Handgranaten anzugreifen.
Ein französisches Torpedoboot eröffnete das Feuer, durch
welches mehrere Personen getötet und verwundet wurden.
Ein Teil der italienischen Soldaten begab sich nach
Porto Baros, wo sich die französischen Verpflegungsmagazine
befanden und griffen die aus Annamiten bestehende
Besatzung an, wobei auch Annamiten getötet wurden.
Die Älteren wurden gefangen genommen. Auf
Seiten der Italiener gab es ebenfalls mehrere Tote und
Verwundete. In den Ausbreitungen wird noch ge-
meldet: Die gefangene Flume Bürgerwehr war schon im
voraus überzeugt, daß der Erlaß des Generals Graziosi
nur zu dem Zwecke herausgegeben worden war, um die
Fortsetzung der antifranzösischen Ausbreitungen zu
veranlassen. Heute wiederholten sich die blutigen Zu-
sammenstöße. Nachdem der Straßenpöbel nenerlich ver-
sammelt hatte, Unruhen zu stiften, kamen italienische Sol-
daten ihm zu Hilfe. Um 8 Uhr abends entzündeten in
verschiedenen Teilen der Stadt heftige Schießereien. Die
Annamiten wurden mit Handgranaten, Revolvern und
Gewehren angegriffen, worauf sie eine Salve abgaben.
Auf dadurch das italienische Militär veranlassen, ins
Gesicht eingegriffen. Stadtbewohner schossen auch aus
den Häusern mit Revolvern und Gewehren auf die
Franzosen. Vier Annamiten, die ohne Munition waren,
mühten sich ergehen und wurden erschlagen. Gerüchte
behaupeten, daß eine französisch-italienische Flotte ein-
treffen und die Stadt militärisch besetzen werde.

Zur Schulpolitik.

Von
Prof. Dr. E. Fringsheim.

Bei den angeführten Reformen unserer Schule
muß es ein Hauptziel sein, die Begabten herauszu-
finden und besonders zu fördern. Ohne dieses Beiztre-
ben ist die Einheitschule ein Unbding, denn dann liegt
die Gefahr vor, daß die Besten auf die Stufe des Durch-
schnitts herabgedrückt werden. Daneben aber muß die
Schule ein gewisses Maß von allgemeiner Bildung ver-
mitteln. Diese beiden Ziele sind schwer zu vereinigen.
Denn die Besten, d. h. diejenigen, deren besondere
Leistungen für die Allgemeinheit am wertvollsten sind,
sind meist nicht diejenigen, die die von der Schule ge-
forderte und geforderte Durchschnittsbildung sich am voll-
ständigsten eignen. Deshalb scheitert die Schule ist
oft bei der Beurteilung der Begabungen.

Auch eine noch so individuelle Behandlung, die —
das muß anerkannt werden — jetzt in höherem Maße
gewährt wird als früher, kann den besonderen Be-
gabungen im Rahmen des Klassenunterrichtes nicht ge-
recht werden, weil die Begabung durch die Minderbe-
gabten zu groß ist. Die besondere Begabung ist stets
ein Sonderfall, ist eigenwillig, nach Charakter und An-
lage abweichend von der Mehrheit, ja sie ist einseitig
vielfach, so daß die Leistungen teilweise erheblich unter
dem Durchschnitt bleiben. Denn mit der besonderen
Begabung ist eine Einstellung auf gewisse Gebiete der
Kunst, der Wissenschaft u. dergl. verknüpft, auf die sich
alles Interesse vereint. Auf solche Sonderinteressen
kann aber die Schule ihrer ganzen Weisheit nach nicht
genügend Rücksicht nehmen. Ein guter Lehrer nicht
nur mit allen Mitteln das Interesse für sein Fach beim
Schüler zu erregen und erzielt damit Erfolge, die einem
gewöhnlichen Unterricht nicht überholbar sind, über-
aus artig Begabte ist meist so erfüllt von den Dingen, die
ihn besonders beschäftigen, daß er alles andere ablehnt
und deshalb den Anforderungen der Schule nicht immer
genügt oder von ihnen ungebührlich in Anspruch ge-
nommen wird.

Aus diesem Grunde wünschte ich eine Herabsetzung
der allgemeinen Anforderungen, damit Kraft und Zeit
für besondere Neigungen und Leistungen übrig bleibt.
Ich glaube, daß dadurch gleichzeitig die Mehrzahl der
Schüler in ihren Leistungen und in ihrer körperlichen
Entwicklung günstig beeinflußt würde. In der letzten
Zeit, in der wir infolge mangelhafter Ernährung alle an
Arbeitsfähigkeit nachlassen, sollte man die
Erfahrung bei der Festlegung der Stundenzahl berück-
sichtigen. Fünf verschiedene Fächer an einem Vormittag
find zu viel, ein sechstes eine Unmöglichkeit. Die Ein-
führung der Kurzstunden ändert daran nicht viel. Die
Zerplitterung ist unvermeidlich. Eine gewisse Zeit ver-
streicht ebe die Einrichtung auf ein Verbot die Höchst-
leistung ermöglicht. Auch die Zwischenhaltung von
körperlichen Übungen ändert daran nichts. Im Gegen-
teil ist experimentell bewiesen, daß nach Turnstunden
die Leistungen geringer sind als nach anderen. Deshalb
bin ich für den vierstündigen Vormittag und glaube
bestimmt, daß man auch dann ein genügendes Maß von
Genauigkeit, und was wichtiger ist, das Beobachten,
Schließen und Richtigem Lehren kann. Das Vertrauen
zeitgemäßen Anforderungen entgegenkommen, hat zu
einer wachsenden Belastung des Lehrplans geführt.
Das alte Ideal der allgemeinen Bildung ist aber eine
Fata morgana, die um so mehr entwindet, je näher
man ihr zu kommen hofft. Man entschließe sich daher
von dieser Forderung abzusehen. Auf die humanistische
Schule läßt sich kein brauchbarer Unterricht in Natur-
kunde u. dergl. aufpropfen. Man lasse sie wie sie ist,
bestalte sie aber denen vor, die eine derartige Vorbil-
dung brauchen. Für die Mehrheit ist sie heute nicht
mehr geeignet. Für sie müssen wir eine Schule haben,
deren Unterricht sich auf die Kenntnis der deutschen
Sprache ausbaut und die von neuen Sprachen und Ver-
trauenhaftigkeiten übermitteln, was wirklich erst später
Wert hat, Wert natürlich nicht allein im rein materi-
ellen Sinne. Man bietet zu oft den Kindern, was
erst Erwachsene interessiert. Eine Interesse sein wirk-
liches Aneignen. Der Schüler muß möglichst viele
Dinge sehen, in die Hand bekommen, zu ihrer Betrach-
tung angeleitet werden. Zum Teil freilich können diese
Dinge nicht in der Schule gezeigt werden. Ein Grund
mehr, daß die Schüler Zeit haben müssen, sich in ihrer
Umgebung umzusehen, das anzusehen, worauf sie vom
Lehrer hingelenkt worden sind. Jeder aufgedeckte
Junge ist entzweit von Entbedungsreisen. Laßt sie
machen!

Man überlege die Welt, was man den Schülern
zu lernen läßt, ob es Wert für sie hat, also ihre Ent-
wicklung fördert. Dann wird der Stoff stark zusam-
menzueinander. Der Lehrer wird dann besser Gelegen-
heit haben zu beobachten, wie die Schüler das Gebotene
annehmen. Ein allzu großer Übermut zeigt, daß
die Methode nicht richtig ist. Freilich wird man nicht

so weit gehen dürfen, jeden Schüler, von dem, was seiner Begabung ferner liegt, zu befreien. Die Interessen wechseln und manches könnte ihm später fehlen. Man versucht es schmachhaft zu machen, verfallt aber auch nicht in den so oft beobachteten Fehler, die Schüler dauernd gerade mit den Dingen zu beschäftigen, die ihnen schwer werden, damit sie „das Ziel der Klasse erreichen“. Die Hausarbeiten sind nicht zu entbehren, besonders in den oberen Klassen, um die Selbsteinsicht geben, sich in einem Gegenstand zu vertiefen, ihn selbständig durchzudenken, sich Zeit zu seiner Aneignung zu nehmen. In den unteren Klassen könnten sie eingeschränkt werden.

Wenn wir von den drei Faktoren: Schüler, Lehrer und Lehrplan die Schüler als gegeben hinnehmen, so sind die Lehrer weitaus wichtiger als der Lehrplan, besonders wenn ihnen, wie ich es wünschte, mehr Freiheit als bisher gelassen wird. Auch der Lehrer ist eine Persönlichkeit, in der verschieden von jedem anderen Lehrer und sollte die Möglichkeit haben, diese Persönlichkeit zu pflegen. Bisher konnte er das nicht genügend. Durch die Verabreichung der Stundenzahl würde er Zeit gewinnen, sich weiter zu bilden, und zwar in seinen besonderen Wissenszweigen, sowohl, wie auch in Schulhygiene, Pädagogik einschließlich der experimentellen Pädagogik, Psychologie des Kindes und der Vermittlung u. dergl. Auch die besondere Lebensgeschichte großer Männer aus allen Gebieten der menschlichen Betätigung sollte ihn locken, damit er daraus die richtige Beurteilung seiner Schüler entnehme. Das alles müßte ihm in dem in der Handlung geboten werden, die für die Erhaltung der geistigen Kräfte wie für die zeitgemäße Fortbildung ganz unentbehrlich sind. Zu diesem Zwecke müßten alle Lehrer nach etwa 5 Jahren praktischer Tätigkeit für einige Jahre beurlaubt werden. Erst dann werden wir den Lehrerberuf bekommen, dem wir das Beste anvertrauen können, was wir haben, unsere Kinder und damit Deutschlands Zukunft.

Kein Generalstreik in Rom.

Rom, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Generalstreik vor Hauptstadt ist nunmehr durch einen Vergleich vermieden worden, der zwischen der Stabilität und der sozialistischen Organisation abgeschlossen wurde. Danach werden die Breite um die Straße herabgeführt. Eine gemilderte Kommission, bestehend aus sechs Arbeitern und vier Kapitänen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs von Rom wird die Ausführung der getroffenen Bestimmungen überwachen.

Der „rote Punkt“ im Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In dem Streik der Angehörigen der Reichsbahnstellen ist man nach dem gestrigen ergebnislosen Versuch der Annäherung zwischen den Streikenden und den Gesellschaften heute wieder auf dem roten Punkt angelangt. Es fanden keinerlei Verhandlungen zwischen den Parteien statt. Es ist auch keine Aussicht auf solche vorhanden. Man erwägt an den ankündigenden Stellen die Möglichkeit, unter welchem Umständen sich die Verkehrsmissere in Groß-Berlin eventuell auch ohne die streikenden Hauptbahnen, Straßenbahnen und Dampfbahnen beheben lassen könnte.

Immer noch der Fall Wisell.

Weimar, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Affäre Wisell ist noch immer nicht erledigt. Die sozialdemokratische Fraktion ist gestern mit ihrer Beratung über den Fall Wisell noch nicht zu Ende gekommen und hat die weiteren Verhandlungen auf heute abend vertagt. Die Haupt Schwierigkeit liegt jetzt darin, daß Herr Wisell nicht gemittelt ist, sich von seinem Justizsekretär v. Müllersberg zu trennen. Die heutige Ratsitzung wird die Entscheidung bringen.

Wilson's Rede im Senat.

Saag, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson hat im Senat das Friedensabkommen mit einer Rede überreicht, die fast völlig dem Entwurf gemäß war. Der Senat ist, wie Wilson behauptet, nicht nur ein Werkzeug zur Heilung des alten Übels, sondern gleichzeitig die Hoffnung der Menschheit. Er war notwendig geworden für die Aufrechterhaltung der neuen Weltordnung, die die Männer, welche den Vertrag unterschrieben haben, wünschten. — Junge hätte Wilson eine Unterredung mit einem Journalisten, dem er mitteilte, daß die amerikanischen Truppen in Mexiko nicht bleiben, bis Deutschland alles im Friedensabkommen verlangte Material ausgeliefert habe. Er erklärte, daß die Verletzung des Abkommens alle Vorkommen umfasse, die in Verbindung gebracht werden. Er äußerte die Ansicht, daß die amerikanische Macht die ganze Welt in Frieden bringen würde, wenn Deutschland wirtschaftliche Wiederherstellung ermöglicht wird. Schließlich meinte er, daß die Arbeiten der Friedenskonferenz sich im wesentlichen an die Grundzüge gehalten habe, die als Grundlage des Friedens gedacht waren und daß die getreuesten unermüdbaren Abkommen in keinerlei Beziehung gegen den Kern der Grundzüge verstoßen.

Diplomatische Lagebericht der Entente.

WTB Paris, 10. Juli. Die österreichische Delegation erhielt um 5 Uhr abends drei Noten, die Clemenceau im Namen der Konferenz an sie richtete. Gegen Abend hat er freilich von Versner mühselig, die Anwesenheit seiner Regierung auf die Tatsache zu lenken, daß die deutschen Truppen bei der vertragsgemäßen Räumung des westlichen Westfalens gleichzeitig Vieh, Habe und Mobiliar mitzunehmen.

Der oberste Rat der Alliierten beschloß, die Entsendung einer besonderen Kommission nach Rom, die am Ort und Stelle einer Untersuchung über die Zwischenfälle durchzuführen soll. Er wird den Bericht der Kommission, die mit der Festlegung der Grenzen betraut war, prüfen. Schließlich beschloß die Rat noch mit verschiedenen Fragen militärischer Natur, die sich aus der Durchführung des Vertrages mit Deutschland ergeben haben, insbesondere mit der Räumung Polens, der Eingrenzung der Räumungen und der Kontrolle der Kriegsfabrikation. Die hierüber gefassten Beschlüsse werden geheim gehalten.

Erweiterung der provinziellen Selbstverwaltung.

Berlin, 11. Juli. Die Frage der größeren Selbständigen Oberbehörden ist, wie verschiedene Blätter melden, durch eine Verständigung erledigt worden. Die von Zentrumspartei vorgebrachten und vom schlesischen Volkstags beschlossenen Wünsche sollen darin bestehen,

rücksichtigt werden, daß auf Vorschlag des Staatskommissars durch die Zentralregierung im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten ein oberständlicher Beirat berufen wird. In das Präsidium soll die provinzielle Selbstverwaltung einbezogen werden. Insbesondere sollen bestimmte Ämter und Straßenfragen den Provinzen zur freien Regelung überlassen bleiben. Die Beschlüsse, so heißt es dann, laut auch aus Oberbehörden eine selbständige Provinz gemacht werden. Die Verwirklichung aller dieser Punkte wird aber hinausgeschoben werden bis nach Vollzug der Abstimmung und Abzug der Ententebelegung.

Die Belegung des Außenhandels.

Berlin, 11. Juli. In den Häfen der pommeresischen Küste mochten sich, laut „Volks-Anz.“, Anzeichen der Wiederbelebung bemerkbar.

Ueber die Wiederankündigung von Handelsbeziehungen mit Italien in diesen Tagen in Münchener Besprechungen. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung und in Berlin eine italienische Handelsabteilung bei den diplomatischen Vertretungen errichtet wird.

Das Käsekraten um Wissen.

Berlin, 11. Juli. In den Gerüchten über Wilhelms Nachfolger sagt der „Vorwärts“: Es muß erneut darauf hingewirkt werden, daß bis jetzt nicht einmal ein Absehensgefahr des Ministers vorliegt.

Andauer des Berliner Verkehrsstreiks.

Im Berliner Straßenbahnenstreik ist eine Veränderung nicht eingetreten, es besteht auf beiden Seiten keine Neigung zu neuen Verhandlungen. Die Arbeitsstelle der Groß-Berliner Eisenbahnen ist mit der Verwaltung der Straßenbahn in Verhandlungen eingetreten, die dahin zielen, den Verkehr mit technisch vorgeschickten Eisenbahnen wieder aufzunehmen. Die Straßenbahnverwaltung vertritt sich dieser Forderung gegenüber ablehnend, da sie eine Schenkung ihres Materials befürchtet. Auch die Hochbahngesellschaft steht dem Antritte ablehnend gegenüber, da sie das „gute Einvernehmen“ mit ihrer Arbeiterkraft nicht zerstören will.

Am Sonnabend finden vor dem Eingangsamt des Berliner Gewerbegerichts im Streik der Berliner Omnibusangestellten und -arbeiter Einigungsverhandlungen statt.

Große Erregung in der Kölner Arbeiterschaft.

Elberfeld, 10. Juli. Nach der Rheinischen Zeitung hat die Ausbeutung durch Wucher auf allen Gebieten der Lebenshaltung die Erbitterung der Kölner Arbeiterschaft in dem höchsten Grade steigern lassen. Während in den letzten Tagen bereits politische Vorlesungen gegen mögliche Ausdehnungen in der künftigen Markthalle gehalten wurden, nahmen alle in den Großbetrieben veranstalteten Versammlungen eine Entschiedenheit an, in der einmütiger Protest erhoben wird gegen die beispiellos hohen Steuern, die man der Arbeiterschaft aufbürdet. Die Arbeiter verlangen eine gerechte Verteilung der Kriegskosten und Entlastung der ungeheuren Kriegsgewinne. Sollten die Forderungen der Kölner Arbeiterschaft nicht erfüllt werden, so würden diese die Forderungen mit allen ihnen verfügbaren Mitteln zu erzwingen wissen.

Nur fünf Jahre!

Rotterdam, 10. Juli. Auf eine Anfrage im Oberhause erklärte am Dienstag Lord Cecil, die Befreiung der Rheinlande trage lediglich den Charakter einer Siderungsmaßnahme. Die Befreiung werde hauptsächlich „nur fünf Jahre“ dauern, sofern Deutschland bis dahin den ersten Willen zur Wiedergutmachung zeige. In eine Wiederrücknahme der Rheinlande von Deutschland denke in England niemand.

Der Kaiser nach Niederländisch-Indien?

Bruxel, 11. Juli. „L'Echo“ erzählt, der ehemalige deutsche Kaiser werde, an die alliierten Regierungen das Ersuchen zu richten, von einer Expedition keine Beschlüsse abzugeben; dessen werde er freiwillig einen Ort außerhalb Europas aufsuchen. Mit Bestimmtheit verlautet, daß der Kaiser Niederländisch-Indien vorschlagen werde.

Alle Meldungen über den Ort der Abreise des Kaisers sind nach demselben Werte frei erfunden. Die englische Regierung habe noch keinen Beschluß gefaßt. (Man wird besonders diese Nachrichten mit großer Vorsicht aufnehmen müssen. Die Red.)

Schwierigkeiten mit der holländischen Regierung.

Amsterdam, 10. Juli. „Daily News“ vom 9. meldet aus Paris zur Frage der Verhandlungen gegen den vormaligen deutschen Kaiser, es sei bemerkenswert, daß die französische Presse und die französische Publikum sein Interesse für die Verhandlungen zeigen. Das geplante Verfahren gegen den Kaiser entspricht nicht dem Geiste des französischen Volkes. Rausch ist zu der Überzeugung gelangt, daß der Beschluß, die Verhandlungen in London stattfinden zu lassen, hauptsächlich vom Rat der Vier gefaßt worden ist, und daß Präsident Wilson es „vergessen“ hat, ihm von diesem Beschluß nichts mehr dagegen einzuwenden, daß das Verfahren in London stattfinden. In Paris ist man jedoch der Ansicht, daß die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers nicht so einfach ist, wie viele sich vorstellen. Von amerikanischer Seite verlautet, daß Schwierigkeiten mit der holländischen Regierung zu erwarten sind.

Auslycke des Bayerskönigs in Belgien.

Saag, 11. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Brüssel wird gemeldet: Die Königin der Belgier, eine geborene Prinzessin von Bayern, hat dem bayrischen König ein Angebot in Belgien angeboten.

Nicht ungünstige Ernteausichten.

Nach einer Veröffentlichung der Statistischen Korrespondenz, die den Stand vom Anfang Juli dieses Jahres zugrunde legt, ist bei Winterweizen, Roggen und Gerste

lowie bei Haas auf eine bessere Mittelernte zu rechnen. Auch für Hafer und Sommergerste sind bisher die Ernteausichten gut. Was die Getreidelernte anbelangt, so werden die Winterfrüchte im ganzen nicht un-günstig beurteilt. Die Weizenfrüchte sind zwar kurz geblieben, zeigen aber guten Körneranfall. Auf die Sommerernte hat die lange Trockenheit ungünstig eingewirkt, die reichlichen Niederschläge in letzter Zeit lassen jedoch auf eine Erholung sämtlicher Sommerernte hoffen. Von den Saatfrüchten haben Früh- und Spätkartoffeln fast durchgehend günstigen Stand. Hinsichtlich der Zuckerrüben und Futterrüben ist die Beurteilung zurückhaltend, da die Entwidlungszeit erst beginnt. Weizen tritt die Ribbensteige massenhaft auf. Ueber die Futterernte und Weizen lauten die Nachrichten sehr verschieden. Der erste Schritt von Alee und Engere hat vielfach gute Ergebnisse gezeitigt. Die Heuernte ist überall im Gange. Auf den Weizenweiden ist das Ergebnis nicht ungünstig. Im übrigen macht die Heuernte das Unvermögen. Die Bergung der Heuernte geht sehr schwierig. Der Leutenmangel ist überall sehr stark. Viehhaf steht nur der vierte oder fünfte Teil der benötigten Hilfskräfte zur Verfügung. Die Weiden sind sehr groß, daß deshalb die Ernte überhaupt nicht völlig eingebracht werden kann. Der Anbau von Saatfrüchten, besonders der Zuckerrübe, hat bereits stark eingeengt werden müssen. Auch über das Festen von Dünger wird sehr häufig geklagt.

Zwei deutsche Kriegsgefangene getötet — zwölf schwer verletzt.

Berlins, 10. Juli. In der Umgebung von Sainnes-Loubes lag ein Munitionslager in die Luft. Zwei deutsche Kriegsgefangene wurden getötet und 12 schwer verletzt.

Die italienisch-französischen Streitigkeiten in Summe.

Genua, 7. Juli. (Korrespondenz.) (Berlins.) Nachmittags verjagten italienische Soldaten und Finanzmann Freiwillige aus französischen Kriegsschiffen mit Handgranaten anzugreifen. Ein französischer Torpedoboot eröffnete das Feuer, durch das mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Italienische Soldaten begaben sich nach Porto Baros, wo sich das französische Verpflegungsmagazin befindet, und griffen die aus Unkenntnis bestehende Wache an, von der acht Mann getötet und die übrigen gefangen wurden. Ein Gerächt behauptet, daß ein französisch-englische Flotte eintreffen und die Stadt militärisch besetzen wird.

Der Zweck der großen englischen Arbeiter-Kundgebungen.

Amsterdam, 10. Juli. Den englischen Blättern zufolge wird bei den Kundgebungen, die die englischen Arbeiter am 20. und 21. Juli gegen die Politik der Regierung gegenüber den neuen Demokraten und den sozialistischen Republikanern abhalten werden, eine gleichzeitige Entschloßung in den im ganzen Lande stattfindenden Versammlungen eingebracht werden, die den Arbeitern in Frankreich und Italien brüderliche Grüße übermitteln, die Republik in Russland, Deutschland, Dänemark und Ungarn begrüßt und zum Ausdruck bringt, daß es die Pflicht der Arbeiter aller Länder ist, zu fordern, daß die Kriegsanordnungen gegen die sozialistischen Republikanern Europas eingestellt werden, die wirtschaftliche und Lebensmittellackade sofort aufgehoben wird, und daß die Republiken von ihnen unbedingt bleiben, damit sie selbst über ihre Regierungen bestimmen können.

Östliche Käterepubliken in Italien.

Basel, 11. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) In Mes-sina haben erhebliche Schieferungen und Plünderungen von Neugierden stattgefunden. 28 Personen wurden dabei schwer verletzt. In mehreren Fortifikationen im Norden vor Sizilien wurde die rote Republik ausgerufen und auf dem Kasernen die rote Fahne gehißt. Anmarschierende Truppen wurden von den revolutionären Arbeitern mit Gewehrfeuer empfangen. Das Publikum machte gewöhnliche Gesche mit den Wählern. Drei Maschinengewehrkolben wurden von der Menge festgehalten und die darin befindlichen Dilligiere erschossen.

Deutsches Reich.

Deutsche aus Amerika zurück.

Rotterdam, 10. Juli. Riemer Rotterdam „Curant“ meldet, daß heute abend der Dampfer „Martha Washington“, mit Deutschen aus Amerika an Bord, und zwar 780 Männern, 71 Frauen und 47 Kindern, in Rotterdam eintrifft. Der Dampfer „Princeps Maioira“ trifft am 15. Juli mit einem weiteren Transport Deutscher aus Amerika in Rotterdam ein.

Verabschiedung von 10 000 Offizieren.

10 000 Offiziere müssen noch in diesem Monat auf Grund der Friedensbedingungen ihren Abschied nehmen, darunter voraussichtlich alle Generale außer den Kommandeuren der Freiwilligen-Formationen und fast alle Stabsoffiziere.

Ausland.

Wirtschaftliche Jugelandnisse an Deutsch-Oesterreich. Die Intermarine Clemenceau an Deutsch-Oesterreich hebt die Kritik des Friedensvertrages, der die Bedingungen deutsch-österreichischer Befreiung innerhalb der Grenzen der ehemaligen Doppelmonarchie vorsetzt, auf und schlägt auch eine Aufnahme der einseitigen Arbeitsbegünstigung nach 3 Jahren vor.

Die holländische Gesandte in der Schweiz.

Bern, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die gesamte Schweizer Presse begrüßt die erhaltene Position in der Schweiz. Der Bundesrat hat erhaltene Truppen aufgebildet. Die Regierung des Kantons Zürich teilte mit, daß die jetzige Lage die Bereitstellung von Truppen in der Nähe von Zürich erforderlich mache, um die Stadt vor etwa über-ziehenden anstehenden Ereignissen zu schützen.